

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 190 (2024)
Heft: 7

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEDEN

Drohnen für die Heimatschutztruppe und mysteriöse Überflüge

Schweden, das jüngste NATO-Mitglied, befindet sich in einem Prozess der militärischen Modernisierung und Anpassung an die damit verbundenen neuen Herausforderungen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Ausstattung der Heimatschutztruppe, der sogenannten Hemvärnet, mit hochmodernen Drohnen des französischen Herstellers Parrot. Deren Modell Anafi USA GOV, in Schweden als UAV o6A (Skatan) bezeichnet, wurde speziell für die Anforderungen der US-Armee entwickelt und verfügt über leistungsstarke Kameras für Tag- und Nachteinsätze. Die Auslieferung der Drohnen an die Hemvärnet hat bereits begonnen. Die Ausbildung der zukünftigen Drohnenpiloten

soll im Herbst 2024 starten. Laut Jan-Ake Andersson, Leiter der Unterstützungsabteilung der Hemvärnet, kommen diese Systeme genau zum richtigen Zeitpunkt und erhöhen die Fähigkeit der Einheiten, ihre Aufgaben sowohl bei Tag als auch bei Nacht zu erfüllen. Peter Wilhelmsson, Systemmanager der Hemvärnet bei der schwedischen Beschaffungsbehörde FMV, sieht in der Beschaffung und Auslieferung der UAV o6A einen grossen Schritt für die Fähigkeiten der Heimatschutztruppe, beispielsweise bei Überwachungs- und Schutzaufgaben. Während die Hemvärnet ihre Drohnenflotte ausbaut, sieht sich Schweden mit einer Reihe von mysteriösen Drohnenüberflügen konfrontiert. In diesem Frühjahr eskalierten die schwedischen Behörden eine Untersuchung zu mutmasslichen Drohnenaktivitäten an Kernkraftwerken und mehreren Standorten, darunter dem Flughafen Malmö. Unidentifizierte Drohnen wurden über dem Kernkraftwerk Barsebäck, dem



Neue Drohnen für die Hemvärnet. Bild: Försvarsmakten

Flughafen Malmö und anderen Orten in Skane gesichtet, hauptsächlich entlang des Küstenstreifens. Experten sehen einen möglichen Zusammenhang zwischen diesen Vorfällen und Schwedens NATO-Mitgliedschaft. Magnus Christiansson, Dozent für Militärwissenschaft an der Norwegischen Verteidigungsakademie, vermutet, dass «eine ausländische Macht» verschiedene Ziele verfolgen könnte, wie zum Beispiel Kartierung oder den Versuch der Einschüchterung. Er geht davon aus, dass Schweden in naher Zukunft mit weiteren ähnlichen

Vorfällen rechnen muss, insbesondere von russischer Seite. Die schwedischen Streitkräfte betrachten die Drohnenüberflüge derzeit als polizeiliche Angelegenheit, da bisher keine Drohnen über militärischen Einrichtungen gesichtet wurden. Dennoch ist man sich der potenziellen Bedrohung bewusst und beobachtet die Situation genau. Die Modernisierung der Heimatschutztruppe mit Drohnen kann in diesem Kontext deshalb auch als Massnahme zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten des Landes gesehen werden. *pk*

ESTLAND

Truppen für die Ukraine?

Estland erwägt die Entsendung von Truppen in die Ukraine, um dort nichtkämpferische Aufgaben zu übernehmen und so ukrainische Soldaten für den Fronteinsatz freizustellen. Dies gab der nationale Sicherheitsberater des estnischen Präsidenten, Madis Roll, Mitte Mai in einem Interview bekannt. Bereits zuvor hatte der Befehlshaber der estnischen Streitkräfte, General Martin Herem, von Gesprächen über eine mögliche Truppenentsendung in die Westukraine berichtet. Roll

betonte, dass die Diskussionen noch andauern und man alle Möglichkeiten in Betracht ziehen müsse. Estland würde eine solche Mission zwar bevorzugt im Rahmen der NATO durchführen, schliesst aber auch eine Koalition mit wenigen Partnern nicht aus. Verteidigungsminister Hanno Pevkur erklärte jedoch, dass die Ideen bisher nicht ausgereift seien und weiterverfolgt würden. Der Vorstoss Estlands folgt auf Äusserungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der sich offen für die Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine gezeigt hatte. Während die USA und mehrere europäische Verbündete Macrons Vorschlag zurückhaltend gegenüberstehen, bekräftigte dieser seine Bereit-

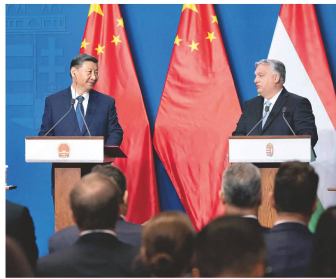
schaft, im Falle eines russischen Durchbruchs oder auf Ersuchen der Ukraine französische Soldaten zu entsenden. Als NATO-Mitglied teilt Estland eine Grenze mit Russland und verfügt über rund 4200 Berufssoldaten sowie 38 000 Reservisten. Insgesamt haben etwa 230 000 der 1,3 Millionen Esten eine militärische Ausbildung absolviert. Neben den Überlegungen zur Truppenentsendung setzt sich Estland auch auf diplomatischer Ebene für die Unterstützung der Ukraine ein. So haben beide Länder Gespräche über ein Sicherheitsabkommen aufgenommen. Aussenminister Margus Tsahkna betonte, dass ein Scheitern der Ukraine auch für Estland und die gesamte freie Welt eine Niederlage bedeuten

würde. Darüber hinaus hat Estland einen Finanzierungsplan in Höhe von 100 Milliarden Euro für den Wiederaufbau der Ukraine vorgelegt. Das Land selbst ist von den Auswirkungen des Krieges ebenfalls betroffen, insbesondere durch die Ankunft ukrainischer Flüchtlinge und den Arbeitskräftemangel in bestimmten Sektoren. Die Diskussionen in Estland verdeutlichen die komplexe Lage, in der sich die NATO-Staaten angesichts des andauernden Krieges in der Ukraine befinden. Während das Bündnis eine direkte militärische Konfrontation mit Russland vermeiden möchte, wächst der Druck, die Ukraine stärker zu unterstützen und die eigene Abschreckung zu stärken. *pk*

UNGARN

Satellit des Reichs der Mitte

Der Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Ungarn vom 9. bis 11. Mai markiert einen bedeutenden Wendepunkt in den Beziehungen zwischen China und Ungarn. Während viele EU-Länder versuchen, ihre Wirtschaft von chinesischen Investitionen zu distanzieren, begrüsst Ungarn (und kurz davor auch Serbien)



Macht China den Hof: Viktor Orbán.
Bild: miniszterelnok.hu

den chinesischen Staatschef und seine Investitionspläne mit offenen Armen. In Budapest unterzeichneten Xi und der ungarische Premierminister Viktor Orbán eine Reihe von Abkommen zur Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Orbán lobte die «ununterbrochene Freundschaft» zwischen den beiden Ländern seit seinem Amtsantritt im Jahr 2010 und versprach, dass Ungarn weiterhin faire Bedingungen für chinesische Unternehmen bieten werde, die in Ungarn investieren. China sieht in Ungarn einen wichtigen Brückenkopf innerhalb der Europäischen Union. Im Dezember kündigte Ungarn an, dass einer der weltweit grössten Elektrofahrzeughersteller, das chinesische Unternehmen BYD, seine erste europäische Produktionsstätte im Süden des Landes eröffnen wird – ein Vorstoss, der die Wettbewerbsfähigkeit der europäi-

schen Automobilindustrie auf den Kopf stellen könnte. Xi betonte, dass die Belt-and-Road-Initiative «in hohem Masse mit Ungarns Strategie der Öffnung nach Osten übereinstimmt» und dass China Ungarn dabei unterstütze, eine grössere Rolle innerhalb der EU bei der Förderung der Beziehungen zwischen China und der EU zu spielen. Dieser Schritt signalisiert denn auch eine markante Verschiebung der Torpfosten der europäischen Sicherheitsarchitektur, da Ungarn sich – neben Lippenbekenntnissen zu Russland – zunehmend an China orientiert. Da Serbien eine ähnliche Strategie wie Ungarn verfolgt und chinesischen Unternehmen breite Möglichkeiten bietet, seine natürlichen Ressourcen zu nutzen und grosse Infrastrukturprojekte durchzuführen, schloss Ungarn bereits im Februar nach Belgrads Vorbild ein Sicherheitsabkommen mit China ab, das eine ver-

stärkte Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen vorsieht. Die USA und andere westliche Verbündete haben entsprechende Bedenken hinsichtlich Chinas wachsendem Einfluss in Europa geäussert. Der US-Sondergesandte für den Westbalkan, Gabriel Escobar, warnte die europäischen Partner davor, sich der Agenda Chinas in Europa bewusst zu sein. Denn Xis Besuch in Ungarn und Serbien verdeutlicht dessen Ambitionen, seine wirtschaftliche und politische Präsenz auf dem alten Kontinent auszubauen. Während die meisten EU-Länder eine vorsichtiger Haltung gegenüber chinesischen Investitionen einnehmen, sehen Ungarn und Serbien in der Unterstützung der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt einen entscheidenden Faktor für den Erfolg Europas. Diese Entwicklungen dürften eine sorgfältige Neubewertung der Beziehungen zwischen der EU und China erfordern. *pk*

EUROPA

Russischer Sabotagekrieg

In den letzten Wochen häuften sich die Berichte über mutmassliche russische Sabotageakte in Europa. Bereits im Mai warnten Geheimdienste aus drei europäischen Ländern ihre Regierungen, dass russische Agenten Bombenanschläge, Brandstiftungen und Angriffe auf Infrastruktur planen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bestätigte, dass das Bündnis angesichts der Bedrohung seine Wachsamkeit erhöht hat. Sicherheitsexperten sehen in den Vorfällen eine deutliche Zunahme verdeckter russischer Sabotageoperationen. In Deutschland wurden zwei Russlanddeutsche in Bayreuth festgenommen, die

im Verdacht stehen, Militäranlagen ausspioniert und Sabotageanschläge geplant zu haben. In Litauen wird ein Brand in einer Ikea-Filiale als möglicher Sabotageakt vermutet, während in Schweden die Sicherheitsdienste hinter mehreren Eisenbahnentgleisungen ebenfalls Sabotage vermuten. Estland erlebte einen Anschlag auf das Auto des Innenministers und eines Journalisten, und in Grossbritannien gab es einen Brandanschlag auf ein Lagerhaus mit Hilfsgütern für die Ukraine. Ein Brandanschlag, der das grösste Einkaufszentrum in Warschau zerstörte, soll angeblich auch auf das Konto des Kremls gehen. Zudem wurde das Hauptquartier von Novo Nordisk in Dänemark nur wenige Tage, nachdem die alte Börse in Kopenhagen ein Raub der Flammen geworden war, durch einen Brand ebenfalls arg in Mitleidenschaft gezogen.

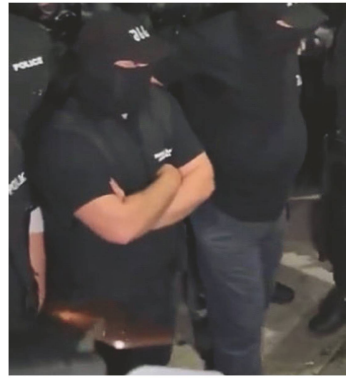
Die dänische Polizei untersucht die Ursache weiterhin, kommentierte jedoch keine Gerüchte zu möglicher russischer Urheberchaft. Laut Einschätzung von Thomas Haldenwang, Chef des deutschen Verfassungsschutzes, ist das Risiko staatlich kontrollierter Sabotageakte durch Russland signifikant gestiegen. Er warnt vor einem hohen Schadenspotenzial. Als Grund für die Sabotageakte gilt, dass Moskau sich bereits im Krieg mit dem Westen sieht. Präsident Wladimir Putin erklärte im März, dass westliche Militärbasen mit für die Ukraine bereitgestellten F-16-Kampffluggesellschaften als legitime Ziele der russischen Armee gelten. Experten sehen die Anschläge zudem als Vergeltung für die verstärkten ukrainischen Angriffe auf russischem Boden. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski beschuldigte unterdessen einige Staaten, Russland

bei der Sabotage von Friedensgesprächen zu unterstützen. Insbesondere China, das laut Selenski Russland dabei half, den Friedensgipfel auf dem Bürgenstock zu sabotieren. Er sagte, die Ukraine habe Beweise, dass «China Moskaus Kriegsanstrengungen unterstützt, obwohl Präsident Xi versprach», sich nicht einzumischen. Westliche Regierungen suchen unterdessen nach Wegen, um auf die russischen Sabotagepläne zu reagieren. Dies verdeutlicht, dass der Ukraine-Krieg längst auch auf westeuropäischem Boden ausgetragen wird. Russland scheint denn auch entschlossen, den Konflikt zu eskalieren und den Westen unter Druck zu setzen. Europa wird sich deshalb auf weitere Anschläge einstellen und Gegenmassnahmen ergreifen müssen, um kritische Infrastruktur zu schützen und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. *pk*

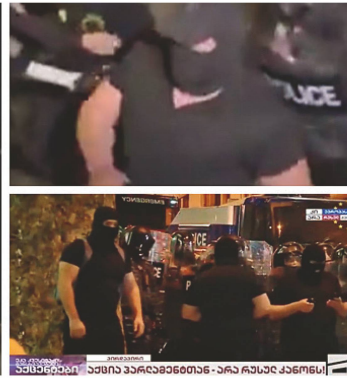
GEORGIEN

Kommt der Umbruch?

In der Nacht zum 1. Juni wurde ein Büro der Oppositionspartei «Vereinte Nationale Bewegung» in Tbilisi von bis zu 100 maskierten Männern angegriffen. Die Angreifer waren mit Stöcken, Steinen und Holzspeeren bewaffnet und beschädigten die Fassade des Gebäudes, zerstörten Fenster und Mobiliar. Die «Vereinte Nationale Bewegung», die vom inhaftierten Ex-Präsidenten Micheil Saakaschwili gegründet wurde, ist aktuell die stärkste Oppositionspartei im Parlament und wird bei den Wahlen im Oktober versuchen, die regierende Partei «Georgischer Traum» herauszufordern. Der Angriff erfolgte inmitten erhöhter Spannungen im Land, nachdem die Regierung ein umstrittenes Gesetz über «ausländische Agenten» verabschiedet hatte, das an eine ähnliche Gesetzge-



bung erinnert, die der Kreml zur Unterdrückung von Dissens einsetzt. Hinter dem Gesetz steht Bidzina Ivanishvili, ein georgischer Oligarch und Gründer des Georgischen Traums, eine zentrale Figur in der georgischen Politik. Ivanishvili, der sein Vermögen in Russland während der 1990er-Jahre anhäufte, wird oft als der eigentliche Machthaber in Georgien angesehen, obwohl er offiziell von der politischen Bühne zurückgetreten ist. Seine Verbindungen zu Russland und seine Rolle als Strippenzieher hinter den Kulissen haben ihn jedoch zu einer umstrittenen



Person gemacht. Ein beunruhigender Aspekt der Geschehnisse ist deshalb der Einsatz von sogenannten Titushky, bezahlten Schlägern, die Demonstranten angreifen und einschüchtern oder wie im konkreten Fall eine Parteizentrale angreifen. Diese Praxis erinnert stark an die Methoden, die während der Euro-aidan-Proteste in der Ukraine angewendet wurden, und entstammen dem Drehbuch Moskaus. Trotz wochenlanger Massenproteste und Warnungen aus den USA und der EU, dass dieser Schritt den Weg Georgiens in Richtung nordatlantischer Inte-

«Titushky» in Georgien.

Bild: Terje Helland

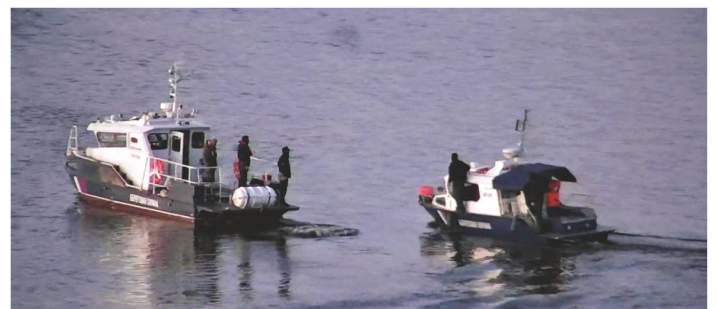
gration gefährden würde, wurde das Gesetz letztendlich am 3. Juni im georgischen Gesetzblatt veröffentlicht, nachdem es von Parlamentspräsident Shalva Papuashvili unterzeichnet worden war. Die prowestliche Präsidentin Salome Zurbachidze hatte sich zuvor zwar geweigert, das Gesetz zu billigen, nachdem es am 18. Mai an sie zurückverwiesen worden war. Am 28. Mai setzte sich das Parlament jedoch über ihr Veto hinweg. Laut der georgischen Verfassung hat der Parlamentspräsident das Recht, das Gesetz zu verkünden, wenn die Präsidentin es nach einer Aufhebung durch die Abgeordneten nicht billigt. Das Gesetz verpflichtet Organisationen und Einzelpersonen, die mehr als 20 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Ausland beziehen, sich als «ausländische Agenten» registrieren zu lassen. Andernfalls drohen ihnen Geldstrafen oder bis zu fünf Jahre Gefängnis. *pk*

BALTIKUM

Russland sorgt mit Grenzverschiebungsplänen für Aufruhr

Im Mai haben die Spannungen zwischen Russland und den baltischen Staaten sowie Finnland deutlich zugenommen. Auslöser ist ein Gesetzentwurf, den Russland bei den Vereinten Nationen eingebracht hat. Dieser sieht vor, die Seegrenzen in der Ostsee einseitig zu verschieben und somit die ausschliesslichen Wirtschaftszonen Litauens und Finnlands zu verkleinern. Die betroffenen Länder reagierten empört auf den Vorstoss und bezeichneten ihn als völkerrechtswidrig. Grenzänderungen maritimer Gebiete sind – gerade auch in dieser Region – zwar

üblich, wie 2017 zwischen Finnland und Russland. Diesmal wirkt es jedoch provokativ: Russland informierte Finnland nicht, wohl um dessen Reaktion zu testen, veröffentlichte zudem keine Karten und entfernte Markierungen. Es war deshalb ein kalkuliertes Manöver, um zu zeigen, dass die neue NATO-Mitgliedschaft keinen Schutz vor willkürlichen Forderungen bietet. Auch die Europäische Union verurteilte das russische Vorhaben scharf. Man werde eine Änderung der Grenzen nicht akzeptieren, so der Aussenbeauftragte Josep Borrell. Die USA sicherten ihren NATO-Verbündeten in der Region ebenfalls Unterstützung zu. Experten sehen in dem Gesetzentwurf vor allem einen Versuch Russlands, die eigene Präsenz in der strategisch wichtigen Ostsee auszubauen. Durch die Verschiebung



Russland entfernt Bojen im Fluss Narva. Bild: Estnisches Polizei- und Grenzschutzamt

der Grenzen könnte Moskau mehr Einfluss auf Schifffahrtsrouten und Rohstoffvorkommen gewinnen. Zudem würde die Sicherheitsarchitektur in der Region nachhaltig verändert. Die Lage eskalierte weiter, als russische Grenzschützer Ende Mai Grenzmarkierungen im Grenzfluss Narva zwischen Estland und Russland entfernten. Die EU bezeichnete dies als «inakzeptabel» und forderte die sofortige Wiederherstellung des

vorherigen Zustands. Estland verstärkte daraufhin die Überwachung der Grenze. Litauen und Finnland betonten derweil, dass man einer einseitigen Grenzverschiebung durch Russland niemals zustimmen werde. Beide Länder setzen auf eine diplomatische Lösung, schliessen aber auch rechtliche Schritte nicht aus. Die Situation bleibt angespannt, zumal Russland bisher keine Bereitschaft zu Verhandlungen gezeigt hat. *pk*

GAZA

Endstation Sackgasse

Die jüngsten kriegerischen Handlungen im Gazastreifen haben eine komplexe und unsichere Nachkriegslandschaft hinterlassen, die sowohl die Sicherheitsarchitektur Israels als auch die Beziehungen zu den umliegenden arabischen Staaten erheblich beeinflusst. Die israelischen Streitkräfte (IDF) hatten bis Ende Mai ihre Operationen in verschiedenen Teilen des Gazastreifens intensiviert, insbesondere in den südlichen und östlichen Gebieten von Gaza-Stadt und Rafah. Dabei wurden zahlreiche Tunnel und Waffenlager entdeckt, was die anhaltende Bedrohung durch militante Gruppen unterstreicht. Parallel zu den militärischen Operationen hat Israel Vorschläge zur Verwaltung des Gazastreifens nach dem Krieg unterbreitet. Diese Pläne sties jedoch auf heftigen Widerstand seitens Ägyptens, Katars und anderer arabischer Länder. Saudisch-affilierte Beobachter berichteten, dass diese Länder Israels Vorschlag, die zivile Verwaltung im Gazastreifen zu übernehmen, entschieden ablehnten. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate äusserten sich kritisch und betonten, dass Premierminister Benjamin Netanyahu keine rechtliche Befugnis habe, sie zur Teilnahme an der Verwaltung des Gazastreifens einzuladen. Die ägyptische Regierung machte deutlich, dass sie Israel für die Verschlechterung der humanitären Bedingungen im Gazastreifen verantwortlich macht. Die Wiederaufbaukosten für Gaza werden auf 40 Milliarden US-Dollar geschätzt und könnten bis zu 16 Jahre in Anspruch nehmen. Diese Schätzung berücksichtigt die Zerstörung von über 80 000 Wohnungen und die Beschädi-

gung weiterer 370 000. Darüber hinaus könnten laut Berechnungen 44 Jahre Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in den Bereichen Gesundheit und Bildung durch den Krieg ausgelöscht werden. US-Präsident Joe Biden betonte unterdessen, dass die USA mit arabischen Ländern zusammenarbeiten, die bereit sind, den Gazastreifen nach dem Krieg wieder aufzubauen und die Gründung eines palästinensischen Staates gemäss der Zwei-Staaten-Lösung zu fördern. Die palästinensischen Behörden indes lehnten jegliche Form der Fremdverwaltung «ihres» Territoriums und konkret auch des Rafah-Grenzübergangs ab. Derweil versucht der Chef des palästinensischen Geheimdienstes, General Majed Faraj, Mitglieder seiner Behörde in den Gazastreifen zu bringen, um sich auf die zivile Verwaltung nach dem Krieg vorzubereiten. Diese Entwicklungen haben weitreichende Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur an der östlichen Mittelmeerküste. Israel muss seine Sicherheitsstrategien anpassen, um den fortwährenden Bedrohungen durch militante Gruppen im Gazastreifen zu begegnen. Gleichzeitig müssen die Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten neu bewertet werden, da diese Länder zunehmend ihre Unabhängigkeit und ihre eigenen Interessen in der Region betonen. Die Weigerung, an der Verwaltung des Gazastreifens teilzunehmen, zeigt eine klare Distanzierung von Israels Plänen und unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenden diplomatischen Lösung, die die Sicherheitsbedenken aller beteiligten Parteien berücksichtigt.

pk



Grosse Zerstörung in Gaza. Bild: UNRWA



ECHO AUS DER LESERSCHAFT

Politikversagen in Bern

Täglich gibt es in der Ukraine und im Gazastreifen neue Tote. In der Frühjahrssession habe ich vergebens gehofft, dass der Bundesrat und die beiden Räte in verschiedenen – unsere nationale Sicherheit betreffenden – Bereichen vorwärtskommen. Es dient doch einzig Russland, wenn das Parlament unser Kriegsmaterialgesetz nicht auf den Stand von vor 2021 zurück ändert und wenn in der G7-Task-Force zum «Aufspüren» von russischen Oligarchengeldern nur widerwillig mitgearbeitet wird. Die Schweiz stellt sich quer, dass die vor Jahren aus der Schweiz an Deutschland gelieferten 12 000 Geschosse für den Fliegerabwehrpanzer Gepard und die an Dänemark gelieferten 20 Piranha-III-Schützenpanzer an die Ukraine weitergegeben werden können. Diese Schweizer Blockade kommt einer Verweigerung der Nothilfe für die Ukraine gleich.

Dem Vernehmen nach werden grosse Mengen russischer Rohstoffe von Firmen gehandelt, welche in der Schweiz ansässig sind. Das hilft Russland, seine Kriegswirtschaft und die «Sonderoperation» in der Ukraine zu finanzieren. Unter dem Vorwand «Wir wollen uns im Palästina-Konflikt den Kontakt mit beiden Seiten nicht verbauen» hat die Schweiz die Terrororganisation Hamas noch immer nicht verboten. Das Sammeln von Geldern und Demonstrationen an den Hochschulen für diese Organisation gehen weiter. Anfang Jahr hat das unschöne Gezerre um die Armeefinzen endlich den bedenklichen, von der Politik viel zu lange «schöngeredeten» Ist-Zustand der WEA offengelegt. Unsere im Herbst neu gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben in offensichtlicher Unkenntnis der Einsatzbereitschaft der WEA bei der Abstimmung vom 20. Dezember 2023 beschlossen, das Anwachsen der Armeeaussgaben auf 1 Prozent des BIP bis 2035 zu erstrecken.

Fazit: Seit den Parlamentsneuwahlen ist viel geredet, aber in den dargestellten Bereichen wenig geliefert worden. Im Hinblick auf die Unsicherheit in der Welt kommt das einem Politikversagen gleich.

Fritz Maurer
Bassersdorf